

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen

„In Rheinland-Pfalz lag die Mitteltemperatur im Jahr 2018 mit 10,8 °C um +2,2 °C über dem langjährigen Mittel von 8,6 °C. Damit war das Jahr 2018 das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1881 und löst den ehemaligen Spitzenreiter 2014 ab. Die Niederschlagsmenge lag mit 670 l/ um gut 15 % unter ihrem Soll von 807 l/. Die Sonne schien mit 2030 Stunden etwa 35 % länger als gewöhnlich (1507 h) und am zweitlängsten seit Beginn dieser Aufzeichnungen 1951. „, so meldet es das „Rheinland-Pfälzische Kompetenzzentrum für Klimawandelfolgen“ aus Trippstadt in seinem Witterungs-Jahresrückblick.

<http://www.klimawandel-rlp.de/de/aktuelles/einzelansicht/news/detail/News/witterungsrueckblick-jahr-2018/Jahresrückblick>

In einem Themenheft „Klimawandel - Entwicklungen bis heute“ vom gleichen Kompetenzzentrum heisst es:

„Die mittlere Jahrestemperatur ist seit Beginn der systematischen Aufzeichnungen Ende des 19. Jahrhunderts um 1,5 °C angestiegen. Speziell in den letzten Jahrzehnten ist dieser Anstieg stark ausgefallen. Dies zeigt sich beispielsweise darin, dass die zehn wärmsten je gemessenen Jahre seit 1881 alle im Zeitraum seit 1994 auftraten. Des Weiteren ist das langjährige Mittel von 1988 bis 2017 mit 9,6 °C gegenüber jenem von 1971 bis 2000 (8,9 °C) besonders deutlich angestiegen. „

Und weiter:

„In Rheinland-Pfalz ist der bisherige Anstieg der mittleren Temperaturen im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich. Unser Bundesland zählt innerhalb Deutschlands zu den am stärksten von den direkten klimatischen Auswirkungen betroffenen Regionen.“

<http://www.klimawandel-rlp.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=40826&token=c1cf4357b15c1e73f47f867426d48b63ddfe2d11>

Einer dieser Auswirkungen ist die Zunahme sommerlicher Hitze, wobei unsere Region im Umland von Ludwigshafen und Frankenthal in einer Zone liegt, die von den Wissenschaftlern als „dauerheiss“ charakterisiert wird. In diesem „dauerheissen“ Gebiet sieht man einen kleinen grünen Fleck, das ist unser Wald.

Derzeit protestieren Schüler in aller Welt für eine wirksame Klimapolitik. Die 15jährige Greta Thunberg aus Stockholm sagte den sogenannten „Weltwirtschaftsführern“ in Davos am vergangenen Freitag folgendes:

„Ich will, dass ihr handelt, als wenn euer Haus brennt. Denn das tut es. Erwachsene sagen immer wieder: Wir sind es den jungen Leuten schuldig, ihnen Hoffnung zu geben. Aber ich will eure Hoffnung nicht. Ich will, dass ihr in Panik geratet, dass ihr die Angst spürt, die ich jeden Tag spüre.“

Die Zeit für Höflichkeiten sei vorbei, sagte die 16-Jährige in einer Diskussionsrunde zum Klimawandel. „Jetzt ist es an der Zeit, deutlich zu sein. Die Klimakrise zu lösen ist die größte und komplexeste Herausforderung, der die Menschheit je gegenüberstand“, sagte Thunberg. „An Orten wie Davos erzählen Menschen gerne Erfolgsgeschichten. Aber ihr finanzieller Erfolg hat ein unvorstellbares Preisschild. Und beim Klimawandel müssen wir anerkennen, dass wir versagt haben.“

Nun wird sich mancher hier sagen: Was redet der über grosse Politik, wir beraten doch hier den Gemeindehaushalt 2019 für Mutterstadt.

Sicher, es geht hier nicht um grosse Schritte, wie den endlich vereinbarten Kohleausstieg.

Es geht um Mutterstadt und um uns.

Aber die grossen Veränderungen, die nötig sind, bestehen am Ende aus vielen kleinen Schritten.

Schritte die wir gehen müssen, damit wir privat und als Gemeinde am Ende, - nicht nur in den Augen der Greta Thunberg - nicht mehr Teil des Problems, sondern endlich Teil der Lösung sind.

Über einen sicher kleinen, aber wichtigen Schritt haben wir uns als grüne Fraktion ganz besonders gefreut:

Unter der Überschrift:

„Pflanzaktion auf dem Dachgarten des Palatinums“

lesen wir:

„Bei einer Aktion der Agenda 21 wurden im Dezember ca. 1000 Blumenpflanzen, Bausand und starke Äste auf den Dachgarten des Palatinums transportiert. Die Blumen, allesamt geeignet für den Biotoyp Trockenrasen, wurden in das Substrat eingebracht. Bereits im November waren Zwiebelpflanzen gesteckt worden und dabei entsprechende Stellen für die Kräuter frei gehalten.

Mit Unterstützung der Gemeindegärtner wirkten Hermann Humm, Josef Rödl und Werner Stubenrauch sowie Ulla Herbold-Weiß mit, die als Biologin die fachmännische Beratung übernommen hatte. Ziel der Aktion ist es, dass Wildbienen im Frühling ein breit gefächertes Nahrungsangebot vorfinden, welches fast die gesamte Vegetationsperiode umfasst. Dies dient jedoch nicht nur der Nahrungsaufnahme, sondern soll auch dem Nachwuchs förderlich sein. Speziell für Erdbienen wurde dafür Bausand aufgeschüttet. Eingegrenzt wurde dieser Hügel mit alten, kräftigen Baumästen, überwiegend aus Eiche. Das Holz wird darüber hinaus Nistmaterial für staatenbildende Insekten anbieten.

Für trockene Sommer ist es auch wichtig, den Insekten eine Wasserstelle anzubieten. Thomas Bauer, Leiter des Grünbereichs, ermöglichte dies durch einen alten Sautrog. In direkter Nachbarschaft zum Palatinum betreut Andreas Rieger einen Kräuter-Bürgergarten. Er hat sich bereit erklärt, den Sandsteintrog als Insektentränke in diesem Gelände zu integrieren und jeweils mit frischem Wasser zu versorgen.“

Was hier gemacht wurde, ist genau einer der vielen kleinen Schritte, die wir gehen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

wir hatten uns hier ja bereits informell darauf verständigt, dass die Gemeinde ihr Bewirtschaftungskonzept für die gemeindeigenen Grünflächen überarbeitet und im LandUm-Ausschuss diskutiert.

Wir beantragen nun im Rahmen dieser Haushaltsberatungen, dass ein solches Konzept, mit dem Ziel mit diesen Flächen stärker die Artenvielfalt zu unterstützen, im Laufe des Jahres 2019 umgesetzt wird.

Um hier zu einem guten Ergebnis zu kommen, halten wir eine Fachberatung, analog zum Vorgehen beim Palatinumdach für erforderlich.

Wir sollten uns heute darauf verständigen, ob wir dazu zusätzliche Mittel bereit stellen müssen oder ob wir den erforderlichen überschaubaren Betrag im Rahmen der Mittelbewirtschaftung bereitstellen können.

Konkret betrifft dies das Produkt 551 Öffentliche Grünflächen, in dem ja durch den Bauhof Einsparungen von 48 T€ erwirtschaftet werden, weil auf die Pflege durch eine Fremdfirma verzichtet werden kann.

Es ist zwar nicht gesagt, dass durch eine am Artenschutz ausgerichtete Umgestaltung unserer Grünflächen tatsächlich Mehrausgaben verursacht, es sind sogar Einsparungen möglich, um aber auf der sicheren Seite zu sein, beantragen wir die Erhöhung der hier zur Verfügung gestellten Mittel um 12 T€.

Gedeckt werden können diese Mehrausgaben durch zu erwartende Mehreinnahmen bei der Produktgruppe 531. Dort erhielt die Gemeinde 2017 eine Dividende in Höhe von 143T€, veranschlagt ist aber für 2019 nur eine Dividende von 128T€. Zwar steht die tatsächliche Höhe erst im Mai fest, aber es ist eigentlich realistischerweise mit einer Dividendenzahlung in gleicher Höhe wie 2017 zu rechnen, zumal in anderen Kommunalhaushalten bereits mit diesen Mehreinnahmen gerechnet wird.

Diese zu erwartenden Mehreinnahmen sollten wir für den Artenschutz ausgeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

von zentraler Bedeutung sowohl für den Klimaschutz als auch für den Artenschutz sind die landwirtschaftlich als auch die forstwirtschaftlich genutzten Flächen.

Da unsere Gemeinde in einer ehemaligen Moorlandschaft entstanden ist, verfügen wir einerseits über ertragreiche Böden, andererseits kann hier nur Landwirtschaft betrieben werden, wenn die Be- und Entwässerung funktioniert. Deswegen steht für uns auch der hohe Stellenwert der Gräben außer jedem Zweifel. Wir begrüßen es deswegen auch, dass nun der Bau der Südspange läuft.

Gleichzeitig möchten wir ganz dick unterstreichen, dass die Hecken und Bäume, die an diesen Gräben wachsen, alles andere als überflüssiger Luxus sind.

Sie sind wichtig für den Artenschutz und sie haben eine positive Wirkung auf das Klima.

Dass Weiden und Pappeln auch Samen streuen, gehört da untrennbar dazu.

Dass wir kein Verständnis dafür haben, wenn der Lebensmitteleinzelhandel Salat auf dem solcher Samen haftet, ablehnt, ist eben so selbstverständlich.

Im Zusammenhang mit dem Bau der Südspange hatte unser Bürgermeister ja die sehr unterstützenswerte Idee von der von-Ketteler-Straße am dortigen Feldkreuz beginnend einen kombinierten und in einer Art Allee verlaufenden Fuß- und Radweg Richtung Mutterstadter Wald an zu legen.

Wir unterstützen diese Idee mit großem Nachdruck.

Allerdings, lieber Hans-Dieter, sehen wir derzeit nicht wo und wie diese Idee haushaltsrelevant werden soll.

Wir verzichten dazu derzeit auf einen Antrag, weil wir uns sicher sind, dass Du uns im Zuge der heutigen Beratungen aufzeigen wirst, wie Du Dir die Realisierung vorstellst.

Dass wir stolz auf unseren fruchtbaren Boden und die Wertschöpfung durch die Landwirtschaft sind und dass wir aber andererseits immer noch dem bekannten Fruchtwechsel Weizen-Kartoffeln-Bauland folgen, sehen wir Grüne mit großer Skepsis.

Deswegen waren wir auch die einzigen, die über die Erweiterung des Gewerbegebiets nicht lauthals gejubelt haben, im Gegenteil wir haben uns teilweise enthalten bzw. dagegen gestimmt.

Um so wichtiger ist es für uns, dass die Firmen, die sich dort ansiedeln, auch in Mutterstadt Gewerbesteuer zahlen.

Dass dies alles andere als selbstverständlich ist, erleben wir gerade in der Nachbarschaft bei Amazon. Dort hat sich bereits der Frankenthaler OB so geäußert, dass er nicht mit hohen Steuereinnahmen, schon wegen „double-irisch“ oder wie die entsprechenden Steuer-Sparmodelle heißen, rechnet.

Ich hoffe sehr, dass die von uns in großem Konsens beschlossenen Festlegungen gegenüber den sich neu ansiedelnden Firmen stabil genug sind und halten.

Auch für ein weiteres Wohngebiet, Mutterstadt-Südwest, werden wir demnächst, vermutlich im März einen Aufstellungsbeschluss fassen.

Für uns ist wichtig, dass dies auf absehbare Zeit das letzte Baugebiet bleibt.

In unserem gerade beschlossenen Wahlprogramm haben wir uns dazu so positioniert:

„ Wir sehen den hohen Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen. . Deswegen werden wir bei Neubaugebieten ein Drittel der Grundstücke für den sozialen Wohnungsbau durch den Kreiswohnungsverband zur Verfügung stellen. Die Hälfte aller Grundstücke soll für den Mehrgeschosswohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. damit kann auf der gleichen Grundstücksfläche ein Mehrfaches an notwendigem Wohnraum geschaffen werden.

Bei Neubaugebieten wollen wir auf ein neues Zusammenleben setzen. Dazu gehören für uns Gemeinschaftsgärten, Schaffen von Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum durch vollkommen verkehrsberuhigte Flächen, Einsatz von CarSharing Angeboten sowie genügend Fahrradstellplätzen.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dass Mutterstadt in diesem Jahr endlich faire Stadt wird, sollte zu schaffen sein.

Zumal die Steuerungsgruppe derzeit die Anerkennung auf den Weg bringt.

Üblicherweise veranstalten die Weltläden Ende September eine „Faire Woche“. Nachdem es 2018 keine eigenen Kulturveranstaltungen der Gemeinde im Palatinum gegeben hat und der Etat nicht ausgeschöpft wurde, wären wir sehr dafür, dass die Erhebung zu „Fairtown“ mit einer passenden Kulturveranstaltung gefeiert wird.

Im Vorfeld unseres damaligen Beschlusses Mutterstadt zur fairen Stadt zu machen, hatte damals Herr Kegel angekündigt, dass er auch eine faire Behandlung für die örtliche Landwirtschaft einfordern will. Ich hatte mich damals beim Weltladen schon unbeliebt gemacht, weil ich das unterstützen wollte. Man wies mich zu Recht auf den Einkommensunterschied zwischen einem peruanischen Genossenschaftsbauer und einem Mutterstadter Gemüsebauer hin.

Trotzdem bin ich auch jetzt noch dafür, dass wir, bei aller Solidarität mit den Armen dieser Welt unseren Einsatz für ein faires Mutterstadt auch so verstehen, dass wir die Erpressung des sehr stark konzentrierten Lebensmitteleinzelhandels entschieden ablehnen.

Wie schon gesagt: Es geht darum, dass wir beim Klimawandel vom Teil des Problems zum Teil der Lösung werden und gerade die Landwirtschaft kann ein sehr wichtiger Teil der Lösung sein.

Dass man die Bauern fair behandelt, gehört da aber dazu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir finden es gut, dass wir uns im Gremium für Verkehrsfragen auf ein System von bevorzugten Fahrradachsen verständigt haben.

Ich möchte mich nochmal ausdrücklich auch im Namen meiner Partei und Fraktion für die sehr faire und an der Sache orientierte Diskussion dieser Frage bedanken. Dieser Dank schließt ausdrücklich auch den zuständigen Beigeordneten Volker Strub und den Bürgermeister mit ein.

Wir erwarten nun die baldige Umsetzung und erwarten, dass dies, um mal in Mutterstadter Zeitrechnung zu bleiben, deutlich vor der Kerwe zumindest für den größten Teil soweit ist. Klimaschutz bedeutet auch eine Verkehrswende, wobei klar ist, dass der absehbare Siegeszug der Elektromobilität mindestens ebenso sehr von E-Bikes wie von E-Autos getragen sein wird.

Um so wichtiger ist es, dass der innerörtliche und der zwischenörtliche Zweiradverkehr ein attraktives Angebot an dafür geeigneten Strassen vorfindet.

Dafür haben wir mit unserem gemeinsamen Konzept die Weichen richtig gestellt.

Im Moment geht es noch um eine andere Weichenstellung. Der Landrat hat, wie es manchmal seine Art ist, verkündet: „Wenn es draußen Geld regnet, sollte man den Löffel raushalten!“ und damit begründet, warum für die zum Teil schon 40-50 Jahre alten Straßenbahnpläne, auch dem für eine Linie nach Mutterstadt, neue Machbarkeitsstudien erstellt werden sollten.

Die Studien liegen nun vor und damit ist klar, dass nicht nur, um das Bild des Landrats auf zu greifen, ein Löffelchen gebraucht wird, sondern eine richtige grosse Schöpfkelle.

Eine Straßenbahn kostet viel Geld, das wäre aber im Sinne des Klimaschutzes auch gut angelegtes Geld, denn es würde eine wesentliche Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs für Mutterstadt bedeuten.

Deswegen sind wir auch sehr dafür, dass wir in der Region möglichst mit einer Stimme sprechen.

Leider könnte es da Probleme geben. Wenn z.B. der Kreis weiter so tut, als wären die beiden maroden Hochstraßen ausschließlich ein Ludwigshafener Problem, könnte dies im schlimmsten Fall bedeuten, dass die Stadt dafür ist, die Straßenbahn in Maudach enden zu lassen.

Umgekehrt bedeutet unsere Konzentration auf die ersten 3 Bauabschnitte nicht, dass uns die Weiterführung Richtung Gewerbegebiet/Blockfeld und schließlich nach Dannstadt-Schauernheim nicht interessiert.

Wichtig ist uns allerdings, dass, statt weiter geduldiges Papier zu bedrucken, sehr bald reale Schienen verlegt werden.

Da sind wir jetzt über alle Parteien hinweg gefordert!

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen

das Ziel, das wir uns setzen wollen, so hatte ich das eingangs erklärt, ist, dass wir beim Klima- und Artenschutz privat und als Gemeinde, davon, ein Teil des Problems zu sein zu einem Teil der Lösung werden wollen.

Ein paar Maßnahmen für 2019 die dabei hilfreich wären, habe ich genannt.

Wir sind weit davon entfernt zu meinen, dass dies reicht.

Deswegen möchten wir sie alle für den diesjährigen Kommunalwahlkampf zu einem fairen Wettstreit heraus fordern.

Lassen Sie uns gemeinsam darum streiten wer hier die besten Lösungen bei zu steuern hat!

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen

zum Schluss noch eine kurze Bemerkung zu der vom Bürgermeister und Herrn Samel(CDU) geäußerten Kritik an mir und meiner Fraktion:

Es ist in der Tat unsere mit dem Mandat verbundene Pflicht Fehlentwicklungen entgegen zu wirken. Das haben wir letztes Jahr getan und das werden wir, wenn erforderlich, auch wieder tun.

Manchmal verliert man dann.

Auch damit müssen wir leben, genauso wie Verwaltung und der übrige Rat auch künftig mit unserer Kritik leben müssen.

Dabei werden wir, auch wenn der Herr Bürgermeister uns dazu auffordert, nicht über die verschüttete Milch von gestern diskutieren.